

Anlage 4

Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rassismus

- Baden-Württemberg fördert derzeit acht lokale Beratungsstellen gegen Diskriminierung in Baden-Württemberg sowie eine Online-Beratungsstelle. Diese Beratungsstellen sind angesiedelt bei zivilgesellschaftlichen Trägerorganisationen und beraten unbürokratisch und niedrigschwellig Menschen, die sich diskriminiert fühlen. Die Beratungsstellen arbeiten eng mit der Antidiskriminierungsstelle des Landes zusammen. Mehr Informationen finden sich unter www.lag-adb-bw.de.

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ fördert das Land Baden-Württemberg bereits seit 2015 das Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg agiert als zivilgesellschaftlicher Trägerverbund vor allem in den Handlungsfeldern Extremismusprävention, präventive Bildungsarbeit und Menschenrechtsbildung. Extremismusprävention wird in diesem Kontext immer phänomenübergreifend betrieben. In der Fläche ergänzt wird der Trägerverbund durch acht regionalen Demokratiezentren. Durch die regionale Präsenz ist die Zahl der realisierten Angebote und Veranstaltungen deutlich höher, als sie bei einer Umsetzung über eine zentrale Struktur wäre. Außerdem kann dadurch ein direkter Zugang zu den Strukturen der Jugend- und Sozialarbeit auf kommunaler und kreisweiter Ebene sowie die Vernetzung zwischen landesweit agierenden Fachstellen und kommunalen Regelstrukturen ermöglicht werden. Die aktuelle Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ endet nach fünfjähriger Laufzeit am 31.12.2019. Eine Verlängerung des Bundesprogramms bis zum 31.12.2024 wurde bereits bestätigt.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg setzt zudem einen „Masterplan Jugend“ um, in dessen Rahmen die Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit im Land in einem breiten Beteiligungsprozess, v. a. mit den in diesem Aufgabenbereich wirkenden Verbänden und kommunalen Landesverbänden, weiterentwickelt wird. Neue Zielgruppen und die Förderung der Vielfaltskultur zählen dabei zu den Schwerpunktbereichen des „Masterplans Jugend“.

Außerdem wurde in Baden-Württemberg in den Jahren 2012 bis 2014 in einem breiten Beteiligungsprozess eine Landesengagementstrategie erarbeitet. Diese hat das Ziel, freiwilliges Engagement für alle - unabhängig von Alter, Herkunft, einer Behinderung, Einkommen, Bildung, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung - zu ermöglichen und zu stärken, die Bürger- bzw. Zivilgesellschaft und ihre Grundprinzipien zu stärken, eine Gesellschaft der Vielfalt zu unterstützen und die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen zu fördern.

Schließlich wurde in Baden-Württemberg im Jahr 2015 das Landesprogramm „Flüchtlingshilfe durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“ (seit 2017 „Integration durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“) aufgelegt. Mit verschiedenen Förderprogrammen und Maßnahmen werden einerseits die einheimischen Engagierten im Bereich der Flüchtlingshilfe und Integration geför-

dert, und andererseits Migrantinnen und Migranten bei eigenem Engagement und Beteiligung in der aufnehmenden Gesellschaft unterstützt. Damit wird zwei wesentlichen Punkten Rechnung getragen: Einerseits der hohen Bedeutung des Engagements der Einheimischen, die sich für Geflüchtete engagieren, für den sozialen Frieden und gegen Ressentiments gegen Fremde, andererseits der Bedeutung der zivilgesellschaftlichen Beteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements der Geflüchteten selber für die eigene Integration.

- Wichtiger bayernweiter Akteur der Zivilgesellschaft für den Schutz von Demokratie und Menschenwürde und der Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus ist das stetig wachsende „Bayerische Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“ (BfT) mit seinen über 75 Mitgliedsorganisationen aus dem staatlichen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Bereich sowie dem Kreis der Religionsgemeinschaften. Der Freistaat Bayern unterstützt das BfT mit einem Finanzbetrag von aktuell 75.000 Euro pro Jahr.
- Berlin setzt seit 2007 mit dem Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt Gegen Rechtsextremismus Rassismus und Antisemitismus“ die gleichnamige Landeskonzption um. Im Jahr 2018 belief sich das Fördervolumen des Landesprogramms auf rund 4,5 Mio. Euro. Es wurden an die 50 zivilgesellschaftliche Projekte gefördert, die sich in den Feldern „Stärkung von Demokratie und Menschenrechten“, „Bildung und Jugend für Demokratie“ sowie „Demokratie im Gemeinwesen und im Sozialraum“ gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren.
- Wesentliches Ziel des Integrationsplans des Landes Hessen ist es, die vielfältigen Integrationsmaßnahmen konzeptionell weiter zu entwickeln und messbare Ziele der gemeinsamen Arbeit zu definieren. Eine wesentliche Rolle kommt in diesem Prozess der Hessischen Integrationskonferenz zu. In die Konferenz wurden relevante Organisationen, Institutionen und Verbände berufen, die durch ihre Mitwirkung die Vielfalt der hessischen Zivilgesellschaft widerspiegeln.
Ein wesentliches Handlungsfeld des Integrationsplans beinhaltet die Themen Interkulturelle Öffnung, Diversity und Antidiskriminierung. Viele Anregungen und Empfehlungen der Zivilgesellschaft sind hierzu in den Integrationsplan eingegangen. Dieser Integrationsplan wird nun weiterentwickelt. Die Themen Rassismus und Diskriminierung werden auch auf Anregung der Integrationskonferenz weiterhin einen wichtigen Stellenwert haben.

Ein weiteres Instrument zur Festigung und zum Ausbau von Kooperationen mit der Zivilgesellschaft sind die hessischen Integrationsverträge. Bisher sind zwei Verträge abgeschlossen worden. Die Vereinbarung mit der Bildungsstätte Anne Frank hat das Thema „Antisemitismus und Rassismus in der Migrationsgesellschaft“ zum Inhalt. Ziel ist es Ausgrenzung und Diskriminierung von Minderheiten, insbesondere von jüdischen Hessinnen und Hessen, zu verhindern. Ein Fokus der Beratungs- und Bildungsarbeit liegt dabei auf jungen Menschen aus muslimischen Communities.

Laut aktuellem Hessischen Integrationsmonitor liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei knapp 30% und steigt deutlich überproportional in den jüngeren Alterskohorten. Insbesondere Fragen der Zugehörigkeit und des Aufwachsens in kultureller und sprachlicher Diversität spielen für viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund eine große Rolle. Der zweite Integrationsvertrag mit dem Hessischen Jugendring greift genau diese Themen auf.

Im Themenfeld Zuwanderung und Migration werden umfangreiche Maßnahmen durch das Landesprogramm „WIR“ gefördert. So wird Integration als zukunftsorientierte und gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe umgesetzt, ein positives Verständnis von Vielfalt verankert und der gesellschaftliche Zusammenhalt über innovative Maßnahmen und Projekte gestaltet. Das Landesprogramm „WIR“ richtet sich an alle hessischen Bürgerinnen und Bürger, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, auch an Geflüchtete. Insbesondere sollen interkulturelle Öffnungsprozesse entwickelt und zudem strukturelle Veränderungen angestoßen bzw. umgesetzt werden, um Integrationsbedingungen und Teilhabechancen langfristig weiter zu verbessern. Schwerpunkte im WIR-Programm sind die flächendeckende Etablierung der 33 WIR-Koordinationsstellen plus der 33 Stellen zum WIR-Fallmanagement für Geflüchtete, die Stärkung von Migrantenorganisationen durch Qualifizierung, Beratung und Vernetzung sowie die Förderung des ehrenamtlichen Engagements, insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund (ehrenamtliche Integrationslotsinnen und Integrationslotsen sowie ehrenamtlicher Laiendolmetscherinnen und Laiendolmetscher). Um dieses Angebot flächendeckend auszubauen und durch die Erarbeitung von Qualitätsstandards zu verstetigen, wurde Mitte 2017 das Kompetenzzentrum Vielfalt Hessen als externe Service- und Beratungsstelle gegründet. Darüber hinaus wird aktuell die Erarbeitung kommunaler Integrations- und Vielfaltsstrategien von kleineren Kommunen unterstützt.

In Hessen wird zudem seit 2016 eine Integrationskampagne „Brandschutz“ gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband Hessen e.V. durchgeführt. Wichtigste Bausteine sind dabei die Konstituierung eines Integrationsbeirats „Brandschutz“ sowie die Förderung und Weiterentwicklung der interkulturellen Kompetenz in den Feuerwehren. Hierfür bietet die Hessische Landesfeuerweherschule Seminare zur Stärkung der Interkulturellen Kompetenz und darauf aufbauend zur Interkulturellen Beraterin bzw. zum Interkulturellen Berater an. Die Beraterinnen und Berater werden mit einer Förderrichtlinie unterstützt, um Projekte vor Ort umsetzen zu können. Ziel der Integrationskampagne „Brandschutz“ ist es unter anderem, die Feuerwehren bei der Ansprache und Mitgliederwerbung von Menschen mit Migrationshintergrund zu unterstützen.

- In Mecklenburg-Vorpommern ermöglicht es die Einrichtung eines Integrationsfonds seit dem Jahr 2016, Vorhaben engagierter Menschen und ihre Initiativen mit insgesamt einer Mio. Euro jährlich zu unterstützen, die das Zusammenleben und die gesellschaftliche Integration stärken.